



Wirtschaft und Politik pro Gesundheit

Politik für Gesundheit kann nicht nur eine Angelegenheit des Gesundheitsministeriums sein. Gesundheit ist schließlich eine der zentralen Ressourcen für Wirtschaft und Gesellschaft. Dies wird in den inzwischen von mir geführten Interviews mit verschiedenen Ressorts der Bundesregierung deutlich (siehe z. B. das Interview mit Bundeswirtschaftsminister *Brüderle*, S. 100 in diesem Heft).

Die beispiellose Katastrophe von Fukushima führt der Welt nun aktuell und dramatisch vor Augen, dass politische und wirtschaftliche Planung verheerende Auswirkungen auf das Leben und die Gesundheit der Menschen haben kann. Ausgerechnet die auf Modernität, Fleiß, Optimismus, Disziplin und Organisationstalent bedachten Japaner – Eigenschaften, die auch den Deutschen zugesprochen werden – sind einer nicht mehr beherrschbaren Katastrophe in ihrem Lande ausgesetzt. Im Verein von Naturgewalten und energiepolitischen Standortentscheidungen für Atomkraftwerke in geopolitisch fragilen Zonen ist ihnen vermutlich nicht nur für lange Zeit ein Lebens- und Wirtschaftsraum abhanden gekommen, sie sind von heute auf morgen nun auch stark erhöhten Krankheitsrisiken ausgesetzt. Ihr Leid ist unermesslich. Je nach Windrichtungen führen radioaktive Stoffe zu erhöhtem Leukämie- und Krebsrisiko, auch noch nach Jahren und Jahrzehnten. Plutonium, eine der weltweit giftigsten Substanzen, ist ins Erdreich gesickert. Bereits winzige Mengen lösen unweigerlich Krebs aus. Im Grundwasser der betroffenen Region sind 10.000-fach erhöhte Werte von Jod-131 gemessen worden. Die Betreiber stehen massiv in der Kritik wegen fehlerhafter Messungen und einer desaströsen Informationspolitik. Auch wenn in Deutschland nunmehr 25 Jahre nach Tschernobyl eine Diskussion über den Ausstieg aus der Atomenergie geführt wird, ist dies nicht der Platz, sich damit auseinanderzusetzen. Es geht mir am Beispiel Fukushimas vielmehr darum, zu verdeutlichen, dass mögliche Auswirkungen auf Leben und Gesundheit in modernen Gesellschaften Bestandteil aller politischen und wirtschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozesse sein sollte. Dabei steht die globale Ausrichtung „health in all policies“ (Gesundheit in allen Politikfeldern) noch ganz am Anfang. Föderale und sektorale Eitelkeiten sind da fehl am Platze. In Europa hat wohl Finnland, das im Übrigen eines der effizientesten Gesundheitssysteme geschaffen hat, die größten Erfahrungen damit. Und die Finnen waren erfolgreich, was Morbiditäts- und Sterblichkeitsentwicklung angeht. Hier steht das Thema Gesundheit seit geraumer Zeit auf der Agenda einer Vielzahl von Entscheidungsträgern in allen Sektoren und auf allen Ebenen. Wirtschaft und Politik pro Gesundheit wäre auch für uns eine sinnvolle Strategie.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Rolf Stuppardt